

Teilerfolge für Populisten einerseits und keine Wechselstimmung andererseits: Das war die Gefühlslage bei den drei Landtagswahlen dieses Herbstes und das entspricht auch der Stimmungslage in der Republik insgesamt. Gemessen an den Eruptionen in den Parteiensystemen einiger Nachbarländer ist das kein besonders dramatischer Befund. Aber weil auch in Deutschland die Erosionsprozesse immer weiter gehen und jetzt erstmals auch die deutschen Konservativen dauerhaft davon erfasst sein könnten, wäre es fahrlässig, die Zeichen zu übersehen.

Es ist wahr: Im pragmatischen politischen Alltag, zumal auf der Länderebene mit ihrer meist schwachen medialen Resonanz, ist es schwierig, auf den ersten Blick viel zu ändern. Deshalb ist es auch immer

wieder so, dass dem Nachwahl-Erschrecken nach kurzem Innehalten die alte Routine folgt. Und eher unausgesprochen die Erfahrung bleibt, dass all die großen Trends der Politik lokal und regional in Wahrheit kaum umdrehbar sind. Dass sie sich aus den nationalen und internationalen Verhältnissen ergeben – und aus der Verfasstheit der populismuseisenden Medienöffentlichkeit.

Aber reicht das, selbst wenn es als Erfahrung nachvollziehbar ist? Es reicht dann nicht, wenn die kommunikative Kluft zwischen öffentlichem Bild und politischer Tagesroutine ignoriert und verdrängt wird. Es wird dann spannend, wenn die Trends auf dem Wählermarkt nicht nur als Slalomstangen für Parteientaktik betrachtet werden. Sondern als inhaltliche Herausforderung.



Richard Meng

ist Sprecher des Senats von Berlin und Beiratsmitglied der NG/FH.

sprecher@senatskanzlei.berlin.de

Klaus Harpprecht

Die Glosse: Krankheit geheilt, Patient verstorben

Vielleicht wissen es die Konjunkturforscher besser (genau wissen sie's auch erst hinterher): Nach meiner laienhaften Einsicht ist der sachte Abschwung des so ausdauernden Höhenfluges der deutschen Wirtschaft die unausweichliche Konsequenz der Depression unserer europäischen Nachbarn, Frankreichs vor allem, das sich in einem desolaten Zustand befindet – nach wie vor, auf Gedeih und Verderb, unser wichtigster Partner, China hin oder her (dem überdies auch ein nicht zu geringer Dämpfer verpasst wurde).

Seltsam: Manche unserer Landsleute führten sich dennoch auf, als habe ihnen der liebe Gott eine Insel der Seligen ge-

schenkt, auf der sie blühen und gedeihen dürfen, ohne von dem Elend ringsherum belästigt zu werden. Soweit sie die Misere der Nachbarn zur Kenntnis nahm, hob unsere Frau Kanzlerin für gewöhnlich den Zeigefinger und mahnte, sich tapfer durch die Härten der Reformen zu beißen (wie es die Deutschen so beispielhaft vorexerziert hatten und prompt belohnt wurden). Sie deutete auf Griechenland und auf Spanien: Zeigen sich nicht bei diesen hart bestraften Erzsündern erste Symptome der Besserung? Das mag sein. Aber in Frankreich wächst die Arbeitslosigkeit, mehren sich die Pleiten, versackt die Stimmung immer tiefer in der Resignation, legt sich

ein Schleier der Hoffnungslosigkeit lähmend übers Land.

Daran scheint die Umbesetzung der Regierung des energischen Halbkatalanen Manuel Valls nichts zu ändern. Immerhin warf der Abschied des Demagogen Arnaud Montebourg vom Wirtschaftsministerium für den Augenblick ein grelles Licht auf die faktische Spaltung der Sozialistischen Partei, die der einstige Generalsekretär Hollande so lange nicht wahrhaben wollte, die er auch jetzt noch gern aus der Welt denkt: Es war ihm als Parteichef zur fragwürdigen Gewohnheit geworden, alle Flügel und Gruppierungen, so sehr sie differierten, unter seinen weit gebreiteten Fittichen zu versammeln. Auch bei der sogenannten »Sommeruniversität« der PS mahnte er zur Einheit und mit der Hilfe des Generalsekretärs glückte es ihm, ein radikales Coming-out der Linkslinken zu verhindern und das Problem auf dem Möbelstück abzulegen, das ihm das liebste ist: die lange Bank. Der Parteichef regte an, die »Generalstände« einzuberufen, in der die Vertreter aller sozialistischen Formationen eine Stimme haben, um nicht mehr »als eine neue Linke zu erfinden«. Bis dahin sollen die Rebellen auf eine harte Konfrontation mit dem Ministerpräsidenten verzichten, der wiederum von seiner ultimativen Waffe keinen Gebrauch machen muss: der Auflösung der Nationalversammlung. Nicht allzu viele der Deputierten können einer Wiederwahl sicher sein.

Mit anderen Worten: keine Klarheit, die es brauchte, um die Regierung handlungsfähig zu machen. Als hätte Frankreich, als hätte Europa alle Zeit der Welt! Wenn die Mehrheit der Bürger nicht durch ihre traurige Resignation gelähmt wäre, hätte sie längst gegen das Regime der Entschlusslosigkeit revoltiert.

Und Ministerpräsident Valls? Hält er still? Oder bedient er sich der bequemen Hintertreppe, die Charles de Gaulle in die Verfassung der Fünften Republik einbauen ließ: am Parlament vorbei durch Verord-

nungen zu regieren, was in gewissen Grenzen möglich ist? Wagt er es dennoch, Gesetze einzubringen, ohne einer Mehrheit sicher zu sein? Die schöne (in Wahrheit nur hemmende) Illusion, die Regierung verfüge über die absolute Mehrheit (dank einer einzigen Stimme), ist ohnedies dahin. Realiter legte die Regierung dem Parlament schon lange keine schmerzenden Reformgesetze mehr vor, weil sie mit dem Widerstand von 30 oder 40 Dissidenten zu rechnen hatte. Auf den Einfall, Leihstimmen bei den kleinen Parteien der Mitte zu suchen, schien keiner der Chefs zu kommen: Zu tief ist der Aberglaube in den Seelen der Sozialisten, aber auch der hartgesottenen Konservativen verwurzelt, dass die Linke und die Rechte durch eine unüberbrückbare Kluft voneinander getrennt seien und dass jeder Versuch, auch nur an einem Notseil über den Abgrund zu hangeln, eine Todsünde sei.

Wer in den Verdacht gerät, eine sozialliberale Allianz zu suchen, macht sich in den Augen der Links-Linken des Verrates schuldig. Weit weist es François Hollande von sich, zu »sozialliberalen« Kompromissen zu neigen. Immerhin bekennt er sich dazu, Sozialdemokrat zu sein. Bei seinen Freunden unter den deutschen Sozis scheint er nicht gelernt zu haben, dass Willy Brandt und Helmut Schmidt im Bündnis mit den Liberalen durchaus die Kraft zu Reformen bewiesen.

Wenn Hollande einen Blick über den ideologischen Zaun zwischen der »linken« und der »rechten« Welt Frankreichs riskierte, würde er wahrnehmen, dass einige vernünftige Köpfe der Mitte sich durchaus einen Gewinn für ihr Ansehen erhoffen, wenn sie dem Präsidenten den Weg zu den überfälligen Reformen öffnen könnten – zumal es der chaotische Zustand der großen liberal-konservativen Oppositionspartei (UMP) nicht erlaubt, eine eigene Strategie zu entwickeln: Zu sehr ist sie durch die verbissene Konkurrenz um die Präsidentschaftskandidatur 2017 schon

jetzt okkupiert, auf die das nervöse Energiebündel Sarkozy einen vom Schicksal verbrieften Anspruch zu haben meint, nach der zugleich aber sein einstiger Premierminister François Fillon strebt, der ein umsichtiger Mann ist, vielleicht auch Alain Juppé, einst Regierungschef von Chirac (für den er stellvertretend eine Gefängnisstrafe auf sich nahm), nun Bürgermeister von Bordeaux, zweifellos der weltkundigste unter den Bewerbern.

Keiner verweist auf die gemeinsame Aufgabe der Demokraten von links und rechts: den Vormarsch des Front National der Marine Le Pen aufzuhalten, seit der blamablen Europawahl die stärkste Partei Frankreichs – dank ihrer Intelligenz und ihrer raffiniert gespielten Mäßigung (die sie salonfähig machten), dank vor allem der Verzweiflung der sogenannten »kleinen Leute«. Vergessen das Debakel, als die Wähler einst den sozialistischen Ministerpräsidenten Lionel Jospin auf den dritten Platz verwiesen und dafür den Vater Jean-Marie Le Pen gegen Jacques Chirac ins Rennen schickten.

Der Präsident hat nach einem langen Anlauf verstanden, welche Reformen das Land am dringendsten braucht: Die Klein- und Mittelverdiener versucht er, durch Steuererleichterungen zum Konsum anzuregen und damit die Binnenwirtschaft zu stärken. Zugleich entlastet er die kleinen und mittleren Betriebe, damit sie investieren und vor allem wettbewerbsfähig produzieren können. Das wäre die Korrektur zweier Grundschwächen der französischen Wirtschaft. An dem Sparziel – immerhin 50 Milliarden – hält er fest, obwohl keine Seele mehr glaubt, dass er die Termine einhalten kann.

Der Widerstand in der eigenen Partei hat sich verhärtet. Der großmäulige Arnaud Montebourg, inzwischen Chef der Links-Linken (ohne Wahl), hält den Kampf gegen das Defizit ohnedies für einen Kottau vor Frau Merkel (der er als erster den Bismarckhelm aufs Haupt stülpte), während ihr der Parteisekretär Cambadélis vorwirft, sie behandle Frankreich wie ein deutsches Bundesland. Die Ressentiments gegen das mächtige (und angeblich arrogante) Deutschland fressen sich wieder ins Herz der Bürger. Das Vertrauen in die deutsch-französische Partnerschaft ist schütter geworden. Das aber signalisiert eine gefährliche Zermürbung der Basis der Europäischen Union.

Es ist an der Zeit, das ehrgeizige und geradezu obsessiv verfolgte Ziel der Kanzlerin und ihres Finanzministers, im nächsten Jahr einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, in die zweite Reihe der Notwendigkeiten zu verweisen. Die Grenzen des Sparprogramms sind erreicht. Es war notwendig und weiß Gott verdienstvoll. Doch genug ist genug. Dies ist – weltweit – die fast einhellige Einsicht der Wirtschaftsweisen – und der Regierungen (auch der US-amerikanischen).

Die französischen, italienischen, deutschen Experten sollten sich mit den Strategen der Europäischen Zentralbank zusammensetzen, um einen Konjunkturplan für die Euro-Zone auszuarbeiten. Man darf keine Zeit verlieren. Europa verlangt Wachstum, sonst droht es, in seiner Dauerschwäche dahinzusiechen. Frau Merkel und der Europäer Schäuble sollten nicht in die Lage jener Wunderärzte geraten, denen ihr Pflegepersonal schließlich meldete: Krankheit geheilt – Patient leider verstorben.



Klaus Harpprecht

ist Mit-Herausgeber dieser Zeitschrift, war u.a. Berater von Willy Brandt. Bei S. Fischer erschien zuletzt: *Arletty und ihr deutscher Offizier*. 2011 erhielt er nach 1966 zum zweiten Mal den Theodor-Wolff-Preis, nun für sein Lebenswerk.